



Niederschrift 79. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.03.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Thomas Bachmann	SPD	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	bis 20:30 Uhr
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Björn Teuteberg	FDP	bis 20:30 Uhr
Herr Dr. Nicolas Bauer	Die Andere	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE
Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat	
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE	ab 18:05 Uhr
Herr Christian Schirrholtz	Die Andere	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp Beigeordneter

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglied

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold DIE LINKE entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	abwesend
Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Frank Kulok	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Christopher Kühn	FDP	entschuldigt
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Claudia Mucha	SPD	entschuldigt
Herr Kai Weber	SPD	abwesend

Gäste:

Herr Goetzmann (FB Stadtplanung und Stadterneuerung)
Herr Beck (FB Bauordnung und Denkmalpflege)
Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen)
Herr von Einem (Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung)
Herr Kühn (Stadtkontor)
Herr Metz (Mitglied VCD)
Herr Görner (AStA der Uni Potsdam)

Niederschrift: Frau Kucharzyk

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.02.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (vorbehaltlich der
Überweisung aus der STVV März 2013)

- 3.1 Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124 (Wiedervorlage)
Titel neu:
Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 "Gewerbe-
und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam- Nord/Friedrichspark Teilbereich
Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 "Gewerbe- und Marktzentrum
Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT
Satzkorn)
Vorlage: 13/SVV/0059
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre

2013/2014 (abschließende Lesung)
Vorlage: 13/SVV/0043
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse, alle OBR

- 3.3 Aufhebung des Beschlusses "Änderung der Kinderspielplatzsatzung"
(12/SVV/0456) Vorlage: 13/SVV/0105
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 3.4 Radweg Lindenallee (Wiedervorlage)
Vorlage: 12/SVV/0537
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.5 Winterdienst auf Radwegen
Vorlage: 13/SVV/0062
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.6 Fahrplankorrektur RE 1 bzgl. DS 13/SVV/0021
Vorlage: 13/SVV/0150
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Mitteilungsvorlage

- 3.7 B-Plan für das Bornstedter Feld (Rote Kaserne West)
bzgl. DS 12/SVV/0534
Vorlage: 13/SVV/0151
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.8 Bericht Radverkehr 2012 bzgl. DS. Nr. 08/SVV/0455
Vorlage: 13/SVV/0154
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Berichterstattung zu den Radverkehrsmaßnahmen 2013
Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung

- 4.2 BE Prüfergebnis Radverkehrsführung in der Heinrich-Mann-Allee gem.
Beschluss 12/SVV/0614
Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung

- 4.3 Information zur Umgestaltung der Semmelweisstraße
FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 4.4 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 07.02.2013
bis 20.02.2013 sowie Beantwortung der Nachfragen aus den vergangenen
Sitzungen

- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.02.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 26.02.2012 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung bittet Frau Hüneke um Rückstellung des TOP 3.1. (Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124 (Wiedervorlage) mit neuem Titel: Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9 „Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7 „Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn“ (OT Satzkorn) 13/SVV/0059)

Herr Goetzmann bittet um Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes, NEU: Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses zum Brauhausberg.

Für die vorliegende Tagesordnung liegen zum TOP 3.4 Radweg Lindenallee (Wiedervorlage) folgende Anträge auf Rederecht vor:

- Herr Jonathan Metz (Mitglied Verkehrsclub Deutschland)
- Herr Florian Görner (Mitglied Allgemeiner Studierendenausschuss der Uni Potsdam)

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen bestätigen die Tagesordnung, einschließlich der vorliegenden Rederechte mit 11/0/0.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (vorbehaltlich der Überweisung aus der STVV März 2013)

zu 3.1 Aufstellungsbeschluss für die Änderung des B-Plans 124 (Wiedervorlage)
Titel neu:
Aufstellungsbeschluss für die Änderung der Bebauungspläne Nr. 9
"Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-
Nord/Friedrichspark Teilbereich Uetz-Paaren" (OT Uetz-Paaren) und Nr. 7
"Gewerbe- und Marktzentrum Autobahnabfahrt Potsdam-
Nord/Friedrichspark Teilbereich Satzkorn" (OT Satzkorn)
Vorlage: 13/SVV/0059
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt - siehe Tagesordnungspunkt 2

zu 3.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2013/2014 (abschließende Lesung)
Vorlage: 13/SVV/0043
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse, alle OBR

Herr Krause hat Nachfragen zum Ergebnishaushalt Produkt 51103 (Stadtentwicklung) zur Maßnahme „Aufwendungen für den Flächennutzungsplan“ in Höhe von 30.000,00 € und zum Produkt 54502 (Winterdienst) bezüglich der jeweiligen jährlichen Zuschüssen.

Herr Goetzmann antwortet: Der Flächennutzungsplan ist beschlossen. Anfang Mai soll die Genehmigung des Flächennutzungsplanes erfolgen. Damit ergibt sich als Schwerpunkt des Finanzbedarfs das Erfordernis, die bessere Information für die Bürger durch ein Faltblatt bzw. eine Broschüre verfügbar zu machen, in Ergänzung zu den Informationen, die online abrufbar sind. Daneben ist auch davon auszugehen, dass nach der Rechtswirksamkeit des FNP unmittelbar auch aktuelle Änderungs- und Fortschreibungsbedarfe entstehen und Mittel binden.

Herr Weise erläutert, dass die Planung auf der Gebührenkalkulation für 2013 basiert. Die Aufwendungen orientieren sich an einer durchschnittlichen Anzahl von Wintertagen und werden durch den 2010 abgeschlossenen Vertrag mit der STEP GmbH begründet.

Frau Woiwode ergänzt, dass man 2 Jahre im Rücklauf zurückrechnet und laut Winterdienstsatzung die Kosten 25% zu 75% setzt.

Herr Klipp macht den Vorschlag, dass Herr Praetzel kurzfristig die offenen Fragen von Herrn Krause unmittelbar beantworten kann und er sich direkt an Ihn wenden soll.

Herr Krause ist einverstanden.

Herr Dr. Bauer fragt zur Maßnahme „Radverkehrskonzept“ nach, inwieweit das Konzept mit der vorgesehenen Etatisierung umgesetzt ist.

Herr Goetzmann gibt kurze Erläuterungen dazu. Er nimmt dabei Bezug auf die

aktuell auf der Tagesordnung befindliche Mitteilungsvorlage (DS 13/SVV/0154) „Bericht Radverkehr 2012“, in der im Detail dargelegt ist, dass die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes aufgrund von Kostensteigerungen 1 Jahr länger benötigt, also nicht bis 2014 sondern bis 2015. Außerdem sei absehbar, dass auch über diesen Rahmen hinaus weitere Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs erforderlich seien.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

zu 3.3 **Aufhebung des Beschlusses "Änderung der Kinderspielplatzsatzung" (12/SVV/0456) Vorlage: 13/SVV/0105**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Von der Fraktion SPD wird ein Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In Abänderung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 07. November 2012 „Änderung der Kinderspielplatzsatzung“ (12/SVV/0456)“ wird der Oberbürgermeister beauftragt,

- eine Novellierung der Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der zu erwartenden Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung spätestens drei Monate nach deren Inkraft-Treten im Entwurf vorzulegen.
- zu prüfen, inwieweit der Gebäudebegriff im Sinne der Verpflichtung zur Errichtung von Kinderspielplätzen dahingehend auszulegen ist, dass auch Hausgruppen und Reihenhäuser als Gebäude mit mehr als vier Wohnungen gelten können
- dafür Sorge zu tragen, dass bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zukünftig Spielplatzflächen auch für Hausgruppen und Reihenhäuser im Rahmen vorhabenbezogener B-Pläne/Durchführungsverträge oder im öffentlichen Nahbereich im gleichen Umfang vorgesehen werden, wie bei anderen Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen.

Herr Klipp weist darauf hin, dass der Änderungsantrag das Ergebnis einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Thema ist und sich die Verwaltung und die SPD-Fraktion darauf im Vorfeld verständigt haben.

Herr Heuer erläutert den Änderungsantrag zur DS 13/SVV/105. Es handelt sich bei dem Änderungsantrag um eine mit der Verwaltung abgestimmte Änderung der von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorlage 13/SVV/105, die sich auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (12/SVV/0456) bezieht. Inhaltlich sind die Aspekte Novellierung Brandenburgische Bauordnung, Definition Gebäudebegriff und Spielplatzflächen für Hausgruppen und Reihenhäuser in der Aufstellung von B-Plänen vom Änderungsantrag betroffen.

Herr Kirsch schlägt eine Vertagung des Antrags bis zur Novellierung der

Brandenburgischen Bauordnung vor.

Herr Pfrogner erkundigt sich, welche Änderungen der Bauordnung sich auf die Kinderspielplatzsatzung auswirken würden.

Herr Heuer erwähnt, dass die Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt sind und folglich die Auswirkungen auf die Kinderspielplatzsatzung von Potsdam noch nicht näher beschrieben werden können.

Herr Krause ergänzt, dass durch die Anpassung an die Muster-Bauordnung die Harmonisierung mit Berlin (z.B. mit Auswirkungen auf die Bezugsgröße Wohneinheiten erreicht werden soll.

Herr Dr. Bauer erkundigt sich, welche Auswirkungen zu erwarten sind, wenn der Änderungsantrag nicht beschlossen wird.

Herr Heuer erläutert darauf hin, dass unter anderem der Prüfauftrag an die LHP nicht ausgeführt werden würde.

Die geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

In Abänderung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam vom 07.November 2012 „Änderung der Kinderspielplatzsatzung“ (12/SVV/0456)“ wird der Oberbürgermeister beauftragt,

- **eine Novellierung der Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam unter Berücksichtigung der zu erwartenden Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung spätestens drei Monate nach deren In-Kraft-Treten im Entwurf vorzulegen.**
- **zu prüfen, inwieweit der Gebäudebegriff im Sinne der Verpflichtung zur Errichtung von Kinderspielplätzen dahingehend auszulegen ist, dass auch Hausgruppen und Reihenhäuser als Gebäude mit mehr als vier Wohnungen gelten können**
- **dafür Sorge zu tragen, dass bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zukünftig Spielplatzflächen auch für Hausgruppe und Reihenhäuser im Rahmen vorhabenbezogener B-Pläne/Durchführungsverträge oder im öffentlichen Nahbereich im gleichen Umfang vorgesehen werden, wie bei anderen Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 3.4 **Radweg Lindenallee (Wiedervorlage)**

Vorlage: 12/SVV/0537

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird eine neue Fassung mit folgendem Wortlaut eingebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Ausbau des Radweges Lindenallee auf dem nördlichen Fahrstreifen mit einer wassergebundenen Decke und so minimalinvasiv wie möglich erfolgt.“

Herr Metz vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) nimmt Bezug auf den gemeinsamen Brief mehrerer Vereine und Interessensvertretungen an die Fraktionen im Vorfeld des Ausschusses zum Thema Umgestaltung Lindenallee. Er betont die große Bedeutung der Lindenallee, unter anderem für die Uni und den Wissenschaftspark und bekräftigt die Notwendigkeit der Umgestaltung der Lindenallee als eine Maßnahme des Radverkehrskonzeptes. Herr Metz spricht ein klares Votum für die Asphaltierung der Lindenallee aus, da Asphalt nicht nur der am besten geeignete Belag für Radfahrer ist, sondern mit der Möglichkeit des Winterdienstes auf Asphalt auch eine ganzjährige Nutzbarkeit möglich ist. Ebenfalls weist Herr Metz auf die Mehrkosten bei der Wahl des Belages zugunsten einer wassergebundenen Decke im Gegensatz zu Asphalt hin.

Herr Görner, der Verkehrsreferent des Allgemeinen Studierendenausschuss, votiert im Rahmen aller Studierenden ebenfalls für eine Asphaltdecke, um die ganzjährige Benutzung des Radweges zu ermöglichen. Er weist auf den überfüllten ÖPNV im Winter hin, erwähnt Studierende, die es aufgrund überfüllter Busse nicht pünktlich zu den Prüfungen schaffen und erläutert die Möglichkeit der Entlastung des ÖPNV auf dieser Strecke durch die Schaffung ganzjährig nutzbarer Radwege. Ebenfalls wird angestrebt, die mit der Firma nextbike bestehende Kooperation CampusRad ganzjährig auszuweisen. Letztlich ruft Herr Görner dazu auf, für eine dauerhafte Lösung zu stimmen, da dauerhafte Investitionen besser sind.

Frau Hüneke erläutert die Entstehung des Antrags und betont, dass sich ihre Fraktion auch sehr stark für das Radverkehrskonzept eingesetzt hat. Die Lindenallee ist dabei ein wichtiger Bestandteil der Radverkehrsplanung und stellt eine wichtige Verbindung nach Golm dar. Als im Jahr 2008 das Radverkehrskonzept beschlossen wurde und noch nicht alle Planungen komplett vorgelegt wurden, ist auch die Möglichkeit beschlossen worden, dass Fraktionen durch Anträge die Möglichkeit zur Änderung obliegt. Davon hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sommer letzten Jahres Gebrauch gemacht. Nun reicht die Fraktion eine neue Fassung zu diesem Antrag ein. Um den landschaftlichen Bezug im Umfeld der Lindenallee zu erhalten ist der Kompromiss einen Radweg mit wassergebundener Decke auf dem nördlichen Fahrstreifen erarbeitet worden. Frau Hüneke merkt ebenfalls an, dass der Winterdienst auch in den Parkanlagen stattfinden kann und somit kein Problem bezüglich des Winterdienstes auf wassergebundenen Decken gesehen wird.

Herr von Einem und Frau Woiwode präsentieren die Umgestaltung des Radwegs Lindenallee. Herr von Einem erläutert das Ziel des Radverkehrskonzeptes den Radverkehrsanteil auf 27 % zu steigern, die Verbindungsfunktion der Lindenallee

vor allem für den Wissenschaftsstandort und die Universität und stellt den IST-Zustand der Lindenallee dar, die in einem sehr verbesserungswürdigen Zustand ist. Gerade bei Starkregenfällen ist ein Abfluss des Wassers nicht mehr gegeben, so dass es zu großen Problemen im Hinblick auf die Befahrbarkeit kommt. Ein Teil des Weges ist überhaupt nicht ausgebaut.

Frau Woiwode erklärt an einem Lageplanauszug den vorhandenen Weg und die geprüften sowie diskutierten Varianten anhand der ausgegebenen Tischvorlage im Hinblick auf den Belag, die Lage des Weges und die Kosten. Weiterhin weist sie darauf hin, dass ein Winterdienst auf wassergebundener Decke nur schwer möglich ist. Die Empfehlung der Verwaltung ist farbiger Asphalt.

Herr von Einem stellt beispielhaft den Unterschied zwischen abgestreutem oder durchgefärbtem Asphalt und wassergebundener Decke dar und weist nochmals auf die Bedeutung der Verbindungs- und Anbindungsfunktion der Lindenallee hin. Als gelungenes Projekt für den Fuß- und Radverkehr wird die Hegelallee angeführt.

Herr Cornelius spricht sich für die Variante einer wassergebundenen Decke aus, da die Einfügung einer Asphaltdecke in das Landschaftsbild nicht gegeben sei. Eine Asphaltdecke würde an dieser Stelle wie ein Fremdkörper wirken. Er deutet darauf hin, dass die Lindenallee bzgl. der Radfahrerfrequenz nicht mit der Hegelallee zu vergleichen ist. Sein Votum ist für die im Hinblick auf Investitionskosten preiswertere Variante der wassergebundenen Decke.

Herr Klipp weist auf zwei unterschiedliche Herangehensweisen beim Ausbau der Lindenallee hin. Der Ansatz des Radverkehrskonzepts ist die Steigerung des Radverkehrsanteils und hat das Ziel, vor allem Bürger, die heute noch nicht Radfahren zum Umsteigen auf das Fahrrad zu bewegen. Herr Klipp erläutert bezüglich der Finanzierung, dass für die Umgestaltung der Lindenallee mit Asphalt ein Fördermittelantrag gestellt wurde und Signale aus dem Ministerium auf Chancen hindeuten. Der Eigenanteil der LHP würde mit einem positiven Fördermittelbescheid stark reduziert werden. Als Fazit ist die ausgewogene Empfehlung nach langer und hinreichender Prüfung (Denkmalpflege, 2,5 Baumgutachten,...) den Neubau des Radweges in Nordlage in Asphalt auszubilden.

Herr Jäkel berichtet aus dem Ortbeirat Eiche und bestätigt die wichtige Bedeutung der Lindenallee im Hinblick auf die Verkehrsbeziehungen. Der Ortsbeirat stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu. Er bedankt sich bei Herr Görner und Herr Metz für die Unterstützung des Briefes an die Fraktionen und die mündliche Darstellung. Ebenfalls bedankt er sich bei Herr von Einem, dass eine Anbindung an den Grünen Weg berücksichtigt wird. Herr Jäkel unterstützt den Verwaltungsvorschlag unter Ergänzung der Anbindung an den Ort Eiche.

Frau Hüneke verdeutlicht, dass die aufgenommene Querverbindung an die Lindenallee von den Grünen begrüßt und unterstützt wird, ebenso wie die Qualitätsverbesserungen auf der Lindenallee. Sie weist darauf hin, dass in der Entscheidung zum Belag alle Belange berücksichtigt werden sollen, auch die Wirkung der Lindenallee als direkter Zugang zur Landschaft etc. Frau Hüneke weist darauf hin, dass sich die Annahme von 20.000 € für die Wartung nicht erkläre.

Herr Lehmann spricht sich dafür aus, der Nordvariante in Asphalt zuzustimmen.

Wenn die Denkmalschutzbelange berücksichtigt wurden, dann sollte dem Verwaltungsvorschlag gefolgt werden. Er betont, dass die Nutzer Asphalt wollen und nach seinem Überblick bzgl. der Finanzen ist nach 17 Jahren eine Kostengleichheit erreicht, nach 18 Jahren würde die Asphaltdecke sogar wirtschaftlicher sein.

Herr Krause erkundigt sich, ob die Umbaumaßnahme der KAG-Pflicht unterliegt.

Frau Woiwode verneint dies, da die Anlieger keine wirtschaftlichen Vorteile aus der Umgestaltung ziehen können.

Herr Bachmann weist darauf hin, dass im lang diskutierten Stadtentwicklungskonzept Verkehr die nachhaltige Mobilität und im Radverkehrskonzept die Steigerung des Radverkehrsanteils von Bedeutung sind. Gerade die Radialroute von Griebnitzsee nach Golm sollte ausgebaut werden, um den Umstieg vom MIV zum Rad weiter zu fördern. Er bittet um die konsequente Umsetzung des Radverkehrskonzepts. Herr Bachmann spricht sich für einen Belag in Asphalt aus.

Herr Dr. Bauer stimmt ebenfalls dem Verwaltungsvorschlag zu, der Radweg ist zurzeit in einem erbarmungswürdigen Zustand. Er betont, dass bei einem besseren Belag noch mehr Menschen den Radweg nutzen würden und die Kaiser-Friedrich-Straße aufgrund ihrer engen Fahrbahnbreite sowie der geringen Verkehrssicherheit (Konflikte mit dem motorisierten Verkehr) keine Alternative darstellt

Herr Pfrogner weist darauf hin, dass die Politik der Verwaltung folgen sollte. Das Radverkehrskonzept wird seit Jahren Stück für Stück umgesetzt.

Herr Heuer hinterfragt die dargestellte Finanzierung der unterschiedlichen Varianten. Er bittet darum einen Vergleich der Wirtschaftlichkeit bei einer Nutzungsdauer von 30 Jahren für die Belagsvarianten wassergebundene Decke und Asphalt nachzureichen (Vergleich wurde im Anschluss an die Sitzung nachgereicht). Herr Heuer wirbt für die Umgestaltung der Lindenallee mit wassergebundener Decke.

Herr Teuteberg stellt die Berechnung in dem tabellarischen Variantenvergleich in Frage, vor allem die Wichtung der Punktevergabe und bittet ebenfalls um einen Finanzvergleich über einen längeren Zeitraum der beiden Varianten.

Frau Woiwode weist darauf hin, dass die Bewertung und Wichtung in der Tabelle des Variantenvergleichs nicht nur von den Fachbereichen 46 und 47 vorgenommen wurde, sondern unter anderem unter der Teilnahme von technischen Bereichen, der Denkmalpflege und der unteren Naturschutzbehörde und den Kollegen des Bereiches Grünflächen.

Herr Krause wirft die Frage auf, wie viel Radfahrer die Lindenallee mehr nutzen, wenn als Belag Asphalt und nicht wassergebundene Decke gewählt wird.

Herr Wiggert äußert, dass die beispielhafte Fotodarstellung vom Küstenradweg in Ahlbeck in der Nutzungsfrequenz nicht mit der Lindenallee in Potsdam verglichen werden kann und weist darauf hin, dass die wassergebundene Decke länger halten würde als hier dargestellt.

Herr von Einem gibt Auskunft darüber, dass Zählungen des Radverkehrs aus

dem Herbst 2010 vorliegen mit 200 Rädern in 6 Stunden. Ein automatisches Zählgerät ist installiert, um eine bessere Aussagefähigkeit zu erreichen. Bisher sind mit diesem Zählgerät jedoch nur Wintermonate erfasst, die aufgrund des nicht vorhandenen Winterdienstes nicht aussagefähig sind.

Herr Teuteberg weist darauf hin, dass er es wichtig findet für das Controlling von Maßnahmen Daten und Fakten für Planungen zu haben.

Herr Klipp weist darauf hin, dass eine seriöse Schätzung der zukünftigen Nutzerzahlen der Lindenallee nur durch eine Befragung der Uni und Wissenschaftsstandorte möglich ist. Die Steigerung des Radverkehrsanteils auf 27% wird nicht auf allen Routen gleich verteilt sein, auf den Hauptverkehrsrouten ist von einer größeren Steigerung auszugehen. Gerade in der Lindenallee, die von Studenten genutzt wird, die deutlich mehr Rad fahren als andere Bevölkerungsgruppen, ist von einer großen Steigerungsmöglichkeit auszugehen. Ein Winterdienst ist auf wassergebundener Decke überwiegend nicht möglich, es bleibt häufig Restschnee liegen der zu Eis wird oder es muss mit auftauenden Mitteln gearbeitet werden. Der Winterdienst mit mechanischen Bürsten würde im Ergebnis die wassergebundene Decke zerstören. Herr Klipp merkt an, dass im tabellarischen Variantenvergleich der Winterdienst eher unterbewertet dargestellt wurde.

Frau Hüneke erwägt einen objektiveren Vergleich heranzuziehen, wie in anderen Städten mit den Winterdiensten auf wassergebundenen Decken umgegangen wird und welche Kosten dafür anzusetzen sind.

Die neue Fassung zum Antrag 12/SVV/0537 wird zur Abstimmung gestellt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Ausbau des Radweges Lindenallee auf dem nördlichen Fahrstreifen mit einer wassergebundenen Decke und so minimalinvasiv wie möglich erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	7
Stimmhaltung:	1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.5 Winterdienst auf Radwegen

Vorlage: 13/SVV/0062

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Heuer erklärt dass der Antrag **durch Verwaltungshandeln erledigt** ist.

Frau Hüneke bringt die Idee ein, den Plan zu den geräumten Radwegen im Winter zu veröffentlichen. Sie weist auf die schwierige Räumung der Schutzstreifen im Winter hin und erkundigt sich, inwiefern der qualitativen Räumung durch die STEP Folge geleistet werden kann.

Herr Klipp gibt Auskunft über die kontinuierlich stattfindenden Gespräche zur

Qualitätskontrolle zwischen LHP und STEP. Eine Verbesserung ist in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen. Im Bezug auf den Radverkehr hat sich die STEP neue Geräte angeschafft, die für die Räumung der Radwege besser geeignet sind. Ziel ist es, dass der Radverkehr als Ganzjahresverkehr akzeptiert wird.

zu 3.6 Fahrplankorrektur RE 1 bzgl. DS 13/SVV/0021

Vorlage: 13/SVV/0150

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Mitteilungsvorlage

Herr Jäkel äußert seine Enttäuschung über die Mitteilungsvorlage zur Fahrplankorrektur RE1 und weist darauf hin, dass ein attraktiver ÖPNV als Ziel der Verwaltung entlastend auf die Zeppelinstraße wirkt. Er schlägt vor, das Ministerium darüber zu informieren, dass die Antwort „keine Notwendigkeit, eine Korrektur vorzunehmen“ eine inakzeptable Antwort ist.

Herr Goetzmann weist darauf hin, dass die von Herrn Jäkel geforderte Positionierung keine Lösung im Ministerium bringen wird. Das Ministerium trifft die Entscheidungen, welche Leistungen bereitgestellt werden.

Herr Pfrogner weist darauf hin, dass die Verbindung nach Berlin seit dem Fahrplanwechsel attraktiver geworden ist und ein zusätzlicher Halt nicht notwendig ist.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.7 B-Plan für das Bornstedter Feld (Rote Kaserne West)

bzgl. DS 12/SVV/0534

Vorlage: 13/SVV/0151

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.8 Bericht Radverkehr 2012 bzgl. DS. Nr. 08/SVV/0455

Vorlage: 13/SVV/0154

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr von Einem erläutert, dass mit dem Beschluss des Radverkehrskonzepts auch die Berichtspflicht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes alle zwei Jahre beschlossen wurden. Dieser Bericht wurde der SVV zur Kenntnis gegeben. Es gibt die Möglichkeit zur Beantwortung von Fragen, weitere Fragen können auch gern bilateral geklärt werden.

Herr Pfrogner bezieht sich auf die Unfallstatistik S. 25 des Berichts und erkundigt sich nach der Einordnung der Unfälle mit Radfahrereteiligung auf Schutzstreifen.

Herr von Einem erläutert, dass Unfälle von Radfahrern auf Schutzstreifen bzgl. der Unfalltypen in der Kategorie „Unfälle im Längsverkehr“ eingeordnet sind. Ebenfalls wären in dieser Kategorie allerdings auch Unfälle im Längsverkehr, die

ohne Schutzstreifen geschehen, bspw. weil die Fahrbahn zu eng ist.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Berichterstattung zu den Radverkehrsmaßnahmen 2013

Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung

Herr von Einem stellt den Haushaltsansatz sowie die Maßnahmen des Radverkehrskonzepts 2013 vor.

Als investive Maßnahmen sollen

- Der Bau eines Radwegs zwischen Kuhforter Damm und Reiherbergstraße,
- die Genehmigungsplanung der Lindenallee,
- der Uferweg Templiner See zwischen Kastanienallee und Im Bogen,
- die Vorplanung des Radweges Fernwärmetrasse Schlaatz-Drewitz
- die Radverkehrsanlage zwischen Satzkorn und Fahrland

verfolgt werden.

Für einige Maßnahmen wurden Fördermittelanträge gestellt, bspw. auch für die geplante Fahrradstation in der Tiefgarage des Bahnhofscenters. Ebenfalls werden die konsumtiven und kleinen Maßnahmen sowie die Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2013 erläutert.

Herr Pfrogner erkundigt sich, ob mit einer Fahrradstation nur der Service oder auch Abstellanlagen gemeint sind.

Herr von Einem gibt Auskunft, dass vor allem Abstellanlagen damit gemeint sind.

Herr Schütt bittet um die Erläuterung der Fördertöpfe und Zweckbindungsfristen.

Herr von Einem gibt Auskunft über die Bindungsfristen und weist darauf hin, dass der Grunderwerb bspw. nicht förderfähig ist.

Frau Hüneke begrüßt eine Fahrradstation am Bahnhof in den Tiefgaragen. Bezüglich der Gesamtheit der Radwegeverbesserungen warnt Sie bei der Wahl von Asphalt gegenüber wassergebundener Decke vor unnötiger Flächenversiegelung. Dieser Aspekt sollte im Auge behalten werden.

Herr Dr. Bauer fragt nach einer Lösung für die Zeppelinstraße.

Herr von Einem erklärt, dass ein Fahrstreifen für Radfahrer erst nach Neuordnung des fließenden Verkehrs möglich ist. Bis dahin sei der Uferweg Templiner See eine Alternative zur Zeppelinstraße.

zu 4.2 BE Prüfergebnis Radverkehrsführung in der Heinrich-Mann-Allee gem. Beschluss 12/SVV/0614

Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung

Herr von Einem stellt das Prüfergebnis der Radverkehrsführung in der Heinrich-

Mann-Allee vor. Da die Heinrich-Mann-Allee in unterschiedlichen Abschnitten unterschiedliche Fahrbahnbreiten aufweist, gibt es differenzierte Ergebnisse im Hinblick auf die Prüfung.

Im Bereich An der Alten Zauche bis Zum Jagenstein ist ein Radfahrstreifen möglich, ebenso im Abschnitt Zum Jagenstein bis zum Teufelssee. Der Abschnitt Zum Teufelssee bis zum Bahnübergang unterteilt sich in zwei Bereiche. Im Bereich Zum Teufelssee bis zur Tram-Haltestelle Bhf. Pirschheide ist aufgrund der vorhandenen Mittelinseln und der geringeren Fahrbahnbreite nur die Markierung eines Schutzstreifens möglich, südlich der Haltestelle bis zum Bahnübergang würde der Radfahrer im Mischverkehr geführt werden.

Die Leistungsfähigkeit bei jeweils nur einer Fahrspur pro Richtung ist heute und auch zukünftig gegeben. Ebenfalls würde das Zusatzangebot Nebenfahrbahn für unsichere Radfahrer erhalten bleiben.

Abschließend ist festzuhalten, dass die Markierung von Fahr- und Schutzstreifen von der Verwaltung empfohlen wird, aber erst nach der Sanierung der Fahrbahn. Die Präsentationen zum Radverkehr sind im Anschluss nachgereicht worden.

Herr Jäkel schlägt die Qualifizierung der Radverkehrsanlage in der Nebenanlage vor.

zu 4.3 Information zur Umgestaltung der Semmelweisstraße

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Kühn von Stadtkontor informiert über die Umgestaltung der Semmelweisstraße im Rahmen der Sanierung von Babelsberg. Es wurden mehrere Varianten erarbeitet und den Bürgern vorgestellt.

In der Bestandssituation weist die Semmelweisstraße eine Fahrbahnbreite von 7,00 m auf, einen Grünstreifen und einen beidseitigen Gehweg von 1,50 m. Der Eindruck einer durchgängigen Allee ist nicht mehr vorhanden. Bezüglich des Fahrbahnelags sind zwei unterschiedliche Bereiche vorhanden. Im Rahmen der Sanierung werden beide Abschnitte, auch die ca. 30 m die nicht im Sanierungsgebiet liegen verbessert werden. Herr Kühn erläutert den Bestand der Fahrbahnaufteilung mit Park- und Fahrstreifen.

Die Forderungen im Rahmen der Planung sehen vor, dass der Begegnungsfall Pkw/Pkw gegeben ist, ausreichend Parkraum vorgehalten wird, der Alleecharakter wieder hergestellt wird und die Sicherheitsräume für Verkehrsflächen gegeben sind. Auf dessen Grundlage wurde eine Variante 1 entwickelt, die von den Anwohnern deutlich abgelehnt wurde, als Ursache wird die Halbierung der möglichen Aufstellflächen für Fahrzeuge gesehen.

Folglich musste die Planung überarbeitet werden. Die Kompromissvariante beinhaltet beidseitiges Parken und eine 4,10 m breite Fahrbahn. Der durchgängige Grünstreifen hingegen konnte nicht erhalten werden. Diese Kompromissvariante wurde von den Anwohnern angenommen. Die Straßenbäume können nicht erhalten bleiben, 12 von 13 Bäumen müssen gefällt werden. In dem beauftragten Baumgutachten wird deutlich, dass 5 Bäume davon schon aufgrund des Schadensbildes hätten gefällt werden müssen.

Diese Kompromissvariante, die auch von der Stadtverwaltung bevorzugt wird, soll im nächsten Frühjahr umgesetzt werden.

Herr Jäkel merkt an, dass bei 4,10 m Fahrbahnbreite ein Begegnungsfall von Pkw/Pkw nicht mehr möglich ist. Ebenso weist Herr Jäkel darauf hin, dass die Parklücken (mit Einfahrt- und Ausfahrtweg) nochmal kritisch betrachtet werden sollen.

Frau Hüneke lobt die Wiederherstellung von Natursteinpflaster und bedauert den Wegfall des Grünstreifens und der Bäume bei der Kompromissvariante.

Herr Kühn merkt an, dass der Begegnungsfall bei einer Fahrbahnbreite von 4,10 m unter vorsichtiger Fahrweise möglich ist.

zu 4.4 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 07.02.2013 bis 20.02.2013 sowie Beantwortung der Nachfragen aus den vergangenen Sitzungen

Aus der Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 07.02.2013 bis 20.02.2013 wird zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

- Lfd. Nr. 26 - Am Drachenberg 1
- Lfd. Nr. 36 - Zeppelinstr. 46, 48, 50
- Lfd. Nr. 48 – Großbeerenstr. 107
- Lfd. Nr. 52 – Karl-Liebcknecht-Str. 17

Die Vorstellung der Vorhaben wird in der Sitzung am 09.04.2013 erfolgen.

Herr Beck erläutert folgende Vorbescheidsanträge/Bauanträge aus den vergangenen Sitzungen:

- Burgstraße 23 a (Errichtung Mensa) – Lageplan wird im April nachgereicht
- Kirschallee 103 (Einfamilienhaus)
- Ritterstraße (Einfamilienhaus)
- Am Drachenberg 1 (Anbei an ein bestehendes Einfamilienhaus)
- Lennéstraße 64 A (Errichtung Mehrfamilienhaus im Rahmen Bestandsverdichtung)
- Am Silbergraben (Errichtung von Gewerbeeinheiten)
- Nedlitzer Straße (Errichtung Nahversorger)
- Geschw.-Scholl-Str. 55-59 (Abrissanzeige Lauben)
- H.-Mann-Allee 103 (Erweiterung Humboldt-Gymnasium)
- Schlegelstraße 18,19
- H-Mann-Allee (Abriss Baracken)

neu Vorstellung Wettbewerb Brauhausberg

Herr Goetzmann stellt die Preise und Auszeichnungen aus dem städtebaulichen Wettbewerb zum Brauhausberg vor. Der Siegerentwurf gibt für die weitere Planung die Einordnung des Hauptgewichts der baulichen Masse vor. Der hochbauliche Realisierungswettbewerb für das Bad wird jetzt von den Stadtwerken durchgeführt.

zu 5 Sonstiges

Herr Heuer erkundigt sich nach der Novellierung der Werbesatzung. Die Konkretisierung wird nach Fertigstellung als Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung gegeben werden.

Rolf Kutzmutz
Ausschussvorsitzender

Ulrike Kucharzyk
Niederschrift